



Band 3. Vom Vormärz bis zur Preußischen Vorherrschaft, 1815-1866

1. Staat und Regierung

In den fünf Jahrzehnten zwischen 1815 und 1866 war die Frage der richtigen Staats- und Regierungsform Gegenstand erheblicher intellektueller Kontroversen und politischer Konflikte in Deutschland. Anhand von drei Streitfragen lassen sich die verschiedenen Staats- und Regierungskonzepte sowie die sich an ihnen entzündenden Kontroversen besonders gut nachvollziehen. Die erste Frage, womöglich die wichtigste, war die der politischen Ordnung Mitteleuropas – sollte es als Bund souveräner Staaten oder als ein deutscher Nationalstaat organisiert sein? Die zweite Frage war die der Mitwirkung des Volkes an der Regierung der einzelnen deutschen Staaten und eines möglichen vereinigten deutschen Nationalstaats. Sollte eine solche Regierung ihrem Wesen nach autoritär und absolutistisch oder aber parlamentarisch und konstitutionell sein? Der dritte Streitpunkt war das, was die Zeitgenossen die Emanzipation der Juden nannten. Hier ging es nicht allein um die Frage, ob die Mitglieder dieser Minderheit gleichberechtigte Staatsbürger sein sollten, sondern um den Kern des Bürger- und Staatsverständnisses der Zeit.

A. Staatenbund oder Nationalstaat?

Nach der Zerstörung des alten Heiligen Römischen Reiches durch die Armeen der Ersten Französischen Republik und Napoleons zwischen 1793 und 1806 wurde die staatliche Neuordnung Mitteleuropas zu einer politischen und diplomatischen Frage ersten Ranges. Die internationale Friedenskonferenz von 1814/15 zur Beendigung der napoleonischen Kriege, der berühmte Wiener Kongress, schuf dafür eine eigene Lösung in Gestalt des Deutschen Bundes, einer Vereinigung unabhängiger und souveräner deutscher Staaten. Obwohl der Deutsche Bund ganze 51 Jahre bestand – und damit bis zum Ende des 20. Jahrhundert als langlebigste Staatsform in Mitteleuropa gelten konnte, bis die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2000 ihr 51-jähriges Bestehen beging – blieb er doch eine äußerst umstrittene Institution. Insbesondere wurden immer wieder Stimmen laut, die sich für seine Umwandlung in oder seine Ersetzung durch einen einzigen, vereinigten deutschen Nationalstaat aussprachen. Bei der Wahl zwischen Staatenbund und

Nationalstaat ging es natürlich um die Vorstellung der Nationalbewegung, dass eine Nation nur eine Regierung haben solle. Wie jedoch die folgenden Textquellen zeigen, ging es dabei auch um die Stellung der deutschen Länder in Europa und um Ziel und Zweck von Staat und Regierung in Deutschland.

Die erste Gruppe von Textquellen enthält Auszüge aus der Deutschen Bundesakte von 1815, der Gründungsurkunde des Deutschen Bundes, aus der Wiener Schlußakte von 1820, die dieses Ausgangsdokument ergänzte, sowie drei der wichtigeren Entscheidungen des Bundes: das Bundes-Preßgesetz von 1819, sowie die „Sechs Artikel“ und die „Zehn Artikel“ vom Juni/Juli 1832. Alle diese Dokumente machten den Bund zu einer Vereinigung souveräner Staaten, die sowohl voneinander als auch von den anderen europäischen Mächten unabhängig waren. Gleichzeitig legten sie jedoch verbindliche Regeln für die souveränen Einzelstaaten fest, indem sie ihnen beispielsweise vorschrieben, Katholiken und Protestanten gleich zu behandeln, politische Repräsentativgremien in irgendeiner Form einzurichten, aber auch, die Pressefreiheit und politische Betätigung zu unterdrücken.

Die Opposition der Nationalbewegung gegen den Deutschen Bund belegen die folgenden drei Dokumente. Der Historiker, Schriftsteller und Journalist Ernst Moritz Arndt (1769-1860) war einer der führenden Gegner der napoleonischen Herrschaft in Deutschland und einer der ersten Intellektuellen, die den modernen deutschen Nationalismus in Worte fassten. Sein Gedicht „Des Deutschen Vaterland“ von 1813 wurde nach der Niederlage der napoleonischen Truppen und dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft in Mitteleuropa geschrieben; es sollte bald vertont und im 19. Jahrhundert unzählige Male in der deutschen Nationalbewegung gesungen werden. In dem Gedicht wird ein ganz anderes Regierungsprinzip für Deutschland entworfen als dasjenige, das zur Zeit seiner Entstehung von den Diplomaten in Wien beschlossen wurde. Bemerkenswert ist die Art und Weise, mit der Arndt Sprache und Kultur als Grundlagen eines deutschen Nationalstaates definiert, bemerkenswert aber auch, wie er den Hass auf die Franzosen als eine weitere Basis dieses Nationalstaates einführt. Arndt verurteilte jene deutschen Fürsten, die mit Napoleon kollaboriert hatten und deren Herrschaft nun durch den Deutschen Bund garantiert wurde.

Auch der Journalist und politische Aktivist Johann August Wirth (1789-1848) war ein Verfechter eines vereinigten deutschen Nationalstaates. In seiner Rede vom Mai 1832 vor den 30.000 Teilnehmern des Hambacher Festes, einer oppositionellen politischen Massenkundgebung, rief er, wie Arndt in seinem Gedicht, zur Gründung eines deutschen Nationalstaates auf und klagte die deutschen Fürsten und ihren Bund an. Während aber Arndts deutscher Nationalismus auf nationalen Feindbildern aufbaute, entwarf Wirth einen

deutschen Nationalismus, der sich im Verbund mit anderen Nationalbewegungen gegen autoritäre Herrschaft in ganz Europa wenden sollte.

Wie die beiden vorangegangenen Quellen kritisiert der Artikel „Deutschlands Vereinigung“ aus der *Düsseldorfer Zeitung* vom 3. September 1843 den bestehenden Deutschen Bund. Sein Aufruf zur Schaffung eines vereinigten deutschen Nationalstaates stellt jedoch andere, eher wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts für die Nationalbewegung zunehmend wichtiger werden sollten.

Die ersten konkreten Versuche zur Schaffung eines deutschen Nationalstaates – im Unterschied zum Verfassen von Gedichten darüber – fielen in die Jahre der Revolution von 1848/49. Ein entscheidendes Problem, das bei diesen Versuchen auftauchte und ihr Scheitern mitverursachte, war die Frage, ob ein deutscher Nationalstaat die deutschsprachigen Einwohner des österreichischen Kaiserreiches einschließen sollte. Wie sich aus den drei vorhergehenden Textquellen ersehen lässt, war diese Bevölkerungsgruppe schon immer als zu Deutschland gehörig angesehen worden; die in Österreich regierende Dynastie der Habsburger hatte dem alten Heiligen Römischen Reich vorgestanden und präsierte jetzt über den Deutschen Bund. Ungefähr 80 Prozent der Habsburger Untertanen waren allerdings nicht Deutsche, sondern Ungarn, Polen, Italiener, Rumänen und Angehörige verschiedener slawischer Nationalitäten. Hätte das gesamte österreichische Kaiserreich Teil des deutschen Herrschaftsgebiets werden sollen, wäre dies kein deutscher Nationalstaat mehr gewesen; hätten nur die deutschen Bevölkerungsteile des österreichischen Kaiserreiches einem vereinigten Deutschland angehören sollen, hätte dies das Ende des Habsburgerreiches bedeutet.

Eine Lösung, die erstmals im Jahre 1849 versucht wurde, war die „kleindeutsche“, die Schaffung eines vereinigten deutschen Nationalstaates unter Ausschluss der Deutschen des Habsburgerreiches. Durch den Ausschluss Österreichs wäre ein solches „Kleindeutschland“ von der anderen mitteleuropäischen Großmacht, dem Königreich Preußen, beherrscht worden. Der 1859 gegründete Deutsche Nationalverein drängte auf eine solche kleindeutsche Lösung. Sowohl seine Gründungsurkunde, die Eisenacher Erklärung vom August 1859, als auch seine Erklärung zu einer deutschen Verfassung vom September 1860, gingen von der Annahme aus, ein kleindeutscher Nationalstaat sei nur möglich, wenn eine liberale Reformregierung an der Spitze Preußens stehe.

1862 gründeten die „Großdeutschen“, die Befürworter eines deutschen Nationalstaats unter Einschluss der deutschen Bevölkerung des Habsburgerreiches, eine eigene Vereinigung,

den Deutschen Reformverein, um ihre Vorstellung von einem geeinten Deutschland zu propagieren. Vergleicht man ihre Gründungserklärung mit dem Gründungsaufwurf des konkurrierenden Deutschen Nationalvereins, so wird deutlich, dass die „Großdeutschen“ den Deutschen Bund günstiger beurteilten.

Ein wichtiges Motiv für die „Großdeutschen“ waren religiöse und konfessionelle Konflikte. Die große Mehrheit der Einwohner des österreichischen Kaiserreiches war römisch-katholisch, und Österreich war seit jeher die katholische Großmacht in Mitteleuropa gewesen, im Gegensatz zum vorwiegend protestantischen Preußen. Bei einem Ausschluss der österreichischen Katholiken von einem geeinten kleindeutschen Nationalstaat (wofür es 1866 schließlich kam), hätten die Katholiken in Deutschland auf Dauer eine religiöse Minderheit gebildet. Die Erklärung des Katholikentags vom September 1862, der jährlichen Versammlung römisch-katholischer Vereine, Organisationen und Gesellschaften Mitteleuropas, macht sehr deutlich, dass die deutschen Katholiken die Entscheidung zwischen „Kleindeutschland“ und einem größeren deutschen Nationalstaat mit den Bedrohungen in Verbindung brachten, denen die katholische Kirche in ganz Europa ausgesetzt war.

Die österreichische Regierung unternahm Anfang der 1860er-Jahre eine diplomatische Initiative, um bei den Regierungen und der Bevölkerung der vielen deutschen Einzelstaaten um Unterstützung für ihre Haltung sowohl gegenüber Preußen als auch gegenüber der kleindeutschen Nationalbewegung zu werben. Teil dieser diplomatischen Initiative war der Vorschlag für eine Reform des Deutschen Bundes vom Juli 1863. Trotz aller Bekundungen deutschen Nationalbewusstseins zeigt der Vorschlag doch die erheblichen Schwierigkeiten, die das multinationale Habsburgerreich mit der Idee eines deutschen Nationalstaates hatte.

Das letzte Dokument dieses Abschnittes ist die berühmte „Blut und Eisen“-Rede des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, die er vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses am 30. September 1862 hielt. Zu diesem Zeitpunkt verweigerte die liberale Mehrheit im Landtag die Verabschiedung des von der Regierung eingebrachten Militärhaushaltes. Durch seine Verurteilung des Vorgehens der liberalen Abgeordneten, darunter vieler Angehöriger des Nationalvereins, stellte Bismarck klar, dass er die Schaffung eines kleindeutschen Staates unter der Vorherrschaft Preußens befürwortete, wenngleich nicht eines liberalen und reformierten Preußens, wie es der Nationalverein forderte. Im Grunde sprach er sich weniger für einen kleindeutschen Staat aus, als vielmehr für die Schaffung eines größeren Preußens, wofür es nach dem Krieg von 1866 tatsächlich kommen sollte.

B. Autoritäre Herrschaft oder Verfassungsstaat?

Eine weitere heiß umstrittene Frage der Zeit war die Form der Regierungsgewalt. Sollte die Exekutive, das heißt, die deutschen Monarchen, weiterhin autoritär regieren, oder sollte ihre Macht durch eine Verfassung eingeschränkt werden, die die Machtbefugnisse einer gewählten Legislative genau definierte und das Recht auf öffentliche Diskussion politischer Angelegenheiten garantierte?

Ein prominenter Fürsprecher und Vertreter autoritärer (oder, wie Zeitgenossen es bezeichnet hätten, absolutistischer) Herrschaft war der österreichische Kanzler Clemens Fürst von Metternich (1773-1859). In einem Brief vom 17. Juni 1819 an seinen Privatsekretär (heute würde man wohl eher politischer Mitarbeiter sagen) Friedrich Gentz verurteilte Metternich die Gegner absolutistischer Herrschaft, die er als unruhestiftende Intellektuelle ausmachte. Metternich wandte sich insbesondere gegen die Pressefreiheit und eine konstitutionelle Regierung und vertrat die Auffassung, dass diese vielleicht in England oder Frankreich akzeptabel seien, auf keinen Fall jedoch in den deutschen Ländern. In seinem politischen Testament, das er 1820 verfasste, erweiterte er das in seinem Brief an Gentz dargelegte Argument und führte aus, dass das gemeine Volk autoritäre Herrschaft akzeptiere, während der Widerstand dagegen vor allem aus den gehobenen Schichten und von antiklerikalen Freidenkern komme. Zugleich rief er die Monarchen in ganz Europa zu gemeinsamem Handeln auf, um ihre Herrschaft zu sichern.

Metternichs Vorschläge waren leichter gemacht als umgesetzt, und selbst autoritäre Regierungen, die Verfassungen und gewählte Legislativen entschieden ablehnten, fanden es nach wie vor nötig, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Der Brief des preußischen Ministers für Bildungs- und Religionsangelegenheiten, Karl Friedrich von Eichhorn, an den preußischen Innenminister, Adolf-Heinrich Graf von Arnim, vom 7. Juni 1844 behandelt, ähnlich wie Metternich, die gegen die Regierung gerichteten Aktivitäten unruhestiftender Intellektueller in der preußischen Rheinprovinz. Um diesen entgegen zu treten, versuchte Eichhorn, finanzielle Mittel zur Unterstützung einer Zeitung zu sammeln, die konservativen und regierungsfreundlichen Stimmen Raum geben und die öffentliche Meinung für sich gewinnen sollte.

Das *Staats-Lexikon* war eine zwölfbändige Enzyklopädie politischer Ideen, die erstmals in den 1830er-Jahren erschien. Seine Herausgeber und Autoren waren Verfechter des politischen Liberalismus und einer konstitutionellen Regierungsform. In den Auszügen aus dem Artikel „Constitution“ wies Carl von Rotteck (1775-1840), Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg, einer der Herausgeber des *Staats-Lexikons*

und führender Liberaler im Großherzogtum Baden, vorsichtig auf den Unterschied zwischen absolutistischer und konstitutioneller Regierungsform hin und argumentierte, dass ganz Europa vor der Entscheidung zwischen diesen beiden Regierungsformen stehe.

David Hansemann (1790-1864) war Woll-Großhändler und Finanzier in Aachen sowie ein Führer der liberalen Opposition gegen die autoritäre Herrschaft des preußischen Königs. In dem hier wiedergegebenen Brief an den preußischen Innenminister, Ernst von Bodelschwingh, vom 1. März 1848 zeichnete Hansemann ein dramatisches Bild der Folgen von mehr als drei Jahrzehnten absolutistischer Herrschaft – gerade nachdem eine Revolution den König von Frankreich vom Thron gefegt hatte und in Paris eine Republik ausgerufen worden war, und nur wenige Wochen, bevor die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 auch Deutschland erreichten.

Die meisten Befürworter einer verfassungsmäßigen Regierung in Deutschland gingen davon aus, dass eine solche Regierung eine konstitutionelle Monarchie sein werde. Oberhaupt des Staates sollte ein König oder ein anderer Fürst sein, dessen Machtbefugnisse auf einer Verfassung beruhten – Machtbefugnisse, die zwar immer noch weitreichend, jedoch sicherlich geringer als die eines absoluten Monarchen sein sollten. Der Ruf nach einer republikanischen Verfassungsform war am lautesten während der Revolution von 1848 zu vernehmen. Carl Schurz (1829-1906) war in den Jahren 1848/49 Student an der Bonner Universität und ein demokratischer und republikanischer Aktivist. (Nach der Niederschlagung der Revolution floh er in die Vereinigten Staaten, wo er für die Sklavenbefreiung eintrat, in der neu gegründeten Republikanischen Partei aktiv wurde, als General der Union im Bürgerkrieg diente und unter Präsident Hayes zum Innenminister ernannt wurde.) In seinen Anfang des 20. Jahrhunderts verfassten Memoiren beschreibt er die Ereignisse, die ihn von einem Befürworter einer konstitutionellen Monarchie zu einem Republikaner werden ließen.

Als Folge der 1848er Revolution setzte sich die konstitutionelle Regierungsform zunehmend in Mitteleuropa durch, und selbst Konservative akzeptierten nun eine derartige Form der Regierung. In seiner 1853 vor dem Parlament des preußischen Königreichs gehaltenen Rede erläuterte Friedrich Julius Stahl (1802-1861), konservativer Staatsdenker und Professor für Rechtswissenschaft an der Universität in Berlin, warum er gegen die Abschaffung der während der Revolution von 1848 eingeführten preußischen Verfassung war. Stahl, dessen Ideen einen beträchtlichen Einfluss auf Bismarck hatten, argumentierte in seiner Rede, dass eine Verfassung die Macht und die Autorität des preußischen Königs

durchaus stärken werde, anstatt sie zu verringern, wie es die Verteidiger einer autoritären Regierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befürchtet hatten.

C. Emanzipation der Juden

Da die Juden mit einem Bevölkerungsanteil von einem bis anderthalb Prozent eine sehr kleine Minderheit in Deutschland ausmachten und diese auch in regionaler Verteilung selten mehr als fünf Prozent betrug, erscheint es auf den ersten Blick überraschend, dass die Frage nach ihren staatsbürgerlichen Rechten in der Zeit von 1815 bis 1866 ein wichtiges Problem für Regierung und Politik darstellte. Ebenso erstaunlich mag einem die Tatsache vorkommen, dass dieses Thema in der vorliegenden Quellensammlung gleichberechtigt neben den Themen nationale Einheit und Verfassungsstaat behandelt wird. Die Emanzipation der Juden war jedoch eine Frage von entscheidender politischer Bedeutung, da in den Debatten, die sich an ihr entzündeten, grundsätzlich verschiedene Meinungen zum Begriff der Staatsbürgerschaft und dem Verhältnis zwischen Staatsbürgern und Regierung zu Tage traten.

Eine hilfreiche Einführung in die Debatte über die Gleichberechtigung der Juden ist das 1822 verfasste Memorandum des Staatsministeriums des Großherzogtums Nassau, eines kleinen Bundesstaates im westlichen Teil Deutschlands, zur Frage der Niederlassungs- und Heiratsrechte für die jüdische Bevölkerung des Großherzogtums. Die Verfasser des Memorandums weisen darauf hin, dass die Frage selbst eine Folge der tiefgreifenden politischen Veränderungen der drei vorangegangenen Jahrzehnte sei. Unter den früheren Herrschaftsverhältnissen in Deutschland, dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation vor 1789, waren Gesellschaft und Regierung korporativ organisiert, d.h. verschiedene soziale und religiöse Gruppen hatten unterschiedliche Pflichten und Privilegien, und keine Gruppe hatte dieselben Rechte wie eine andere. Unter diesen Umständen war die Vorstellung von einer religiösen Minderheit mit ihren eigenen Problemen und ihrer eigenen Lebensweise in einen größeren Zusammenhang eingebettet. Infolge der Erschütterungen der Französischen Revolution wurde dieses Staats- und Gesellschaftsmodell jedoch durch das einer allgemeinen Staatsbürgerschaft ersetzt, welches den Juden eine Sonderrolle zuschrieb. Die Staatsbeamten, die dieses Memorandum verfassten, merkten zwar an, dass Anstrengungen unternommen worden seien, um die soziale und wirtschaftliche Sonderstellung der Juden zu verringern und ihre Erwerbsstruktur der der anderen Einwohner des Großherzogtums anzugleichen. Allerdings äußerten sie sich skeptisch, nicht nur, was den Erfolg dieser Bemühungen betraf, sondern auch hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Berechtigung.

Das zweite Dokument vom 25. Januar 1820, also etwa aus der gleichen Zeit, war der Bericht der Preußischen Bezirksregierung in Koblenz, eines Gebiets direkt nordwestlich des Großherzogtums Nassau. Er befasste sich mit der Stellung der Juden in diesem Bezirk und der Frage, ob das preußische Regierungsedikt von 1812, das den Juden mehr Bürgerrechte gewährte, auch für die nach 1815 an Preußen gefallen Gebiete gelten solle. Der Bericht verglich die Rechtslage in den Gebieten westlich des Rheins, in denen Gesetze aus der Zeit der Französischen Revolution in Kraft waren, mit denen östlich des Rheins, in denen die alten Gesetze weiterhin Bestand hatten. Der Verfasser des Berichts, der sich dagegen aussprach, den Juden mehr Bürgerrechte zu gewähren, lieferte eine hasserfüllte und voreingenommene Beschreibung der jüdischen Bevölkerung der Region als Beleg für sein Argument. Der äußerst feindselige Bericht über die Juden sollte vor Augen führen, dass diese die Kriterien eines Staatsbürgers nicht erfüllten, wobei er implizierte, dass zu den Bedingungen für die Staatsbürgerschaft das Bekenntnis zu einer bestimmten Konfession, das Befolgen bestimmter Sitten und das Ausüben spezifischer Berufe gehörten.

Seit der Revolution von 1830 wurde die Frage der jüdischen Emanzipation zunehmend kontrovers diskutiert. Die beiden folgenden Dokumente zeigen auf besonders deutliche Weise die unterschiedlichen und entgegengesetzten Konzepte von Staat und Staatsbürgerschaft, die in dieser Debatte zu Tage traten. Das erste Dokument enthält Auszüge aus dem Pamphlet *Die jüdische nationale Eigenart*, das H.E.G. Paulus (1761-1851), der von 1811 bis 1834 Professor für Theologie an der Universität Heidelberg war, 1831 publizierte. Paulus war nicht nur rationalistischer Theologe, dessen Evangelienkommentare großes Aufsehen erregt hatten, da er die Wiederauferstehung Jesu leugnete; er war auch politisch aktiv und nahm häufig zu öffentlichen Ereignissen Stellung. Da er gegen den Gesetzesvorschlag zur Emanzipation der Juden im Großherzogtum Baden war, der zu diesem Zeitpunkt dem Parlament des Großherzogtums zur Entscheidung vorlag, behauptete Paulus, dass sich die Juden in Deutschland durch die Einhaltung ihrer religiösen Gesetze selbst eine eigene, fremde Nationalität aneigneten, in der sie sich von allen anderen Deutschen unterschieden. Daher könnten sie nur vom Staat beschützte Untertanen, nicht jedoch gleichberechtigte Staatsbürger sein. Der einzige Weg für die Juden zur gleichberechtigten Staatsbürgerschaft bestand Paulus zufolge in der Veränderung ihrer Gesetze und Bräuche. Neben der Angleichung der jüdischen Religion an das Christentum müssten Juden auch ihre Berufe als Finanzmakler und Hausierer aufgeben, die Paulus als schädlich für das öffentliche Wohlergehen bezeichnete. Für Paulus waren Religion und Nationalität untrennbar verbunden. Die Juden sollten erst einmal beweisen, dass sie

gewisse, von Christen festgelegte Standards – religiöser, moralischer oder beruflicher Art - erfüllten, bevor sie Bürger eines deutschen Staates werden könnten.

Das nächste Dokument fasst Auszüge aus dem auf Paulus reagierenden Pamphlet *Verteidigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden gegenüber den Vorschlägen von Herrn Dr. H.E.G. Paulus* zusammen. Der Verfasser dieser Replik war Gabriel Riesser (1806-1863), der entschiedenste Vertreter der jüdischen Emanzipation unter den deutschen Juden. Dem gebürtigen Hamburger und als Jurist ausgebildeten Riesser gelang eine beeindruckende politische Karriere: Er war Vize-Präsident der Frankfurter Nationalversammlung und wurde 1859 Richter am Hamburger Berufungsgericht, der erste Jude, der in Deutschland zum Richter ernannt wurde. Riessers Entgegnung auf Paulus' Ausführungen richtete sich weniger auf die Verteidigung der jüdischen Religionsrituale oder die Diskussion über die jüdische Berufsstruktur, sondern versuchte vielmehr zu zeigen, dass diese nicht das eigentliche Problem waren. Paulus' Angriffen auf die jüdischen Wirtschaftsaktivitäten hielt Riesser entgegen, dass Finanzmakler ein ganz normaler Bestandteil des wirtschaftlichen Lebens seien und dass die Tätigkeit von Hausierern den Konsumenten zum Vorteil diene. Angriffe auf jüdische Geschäftsleute seien vor allem ihren Konkurrenten zuzuschreiben, die wiederum durch die Begrenzung des Wettbewerbs nur den Konsumenten schadeten. Als Antwort auf Paulus' Behauptung, die Juden schlossen sich durch die Befolgung ihrer religiösen Gesetze selbst aus dem Kreis der Staatsbürger aus, erklärte Riesser, dass die Befolgung der jüdischen Religionsvorschriften eine Sache religiöser Überzeugung und des eigenen Gewissens sei und keine Voraussetzung für die Staatsbürgerschaft darstelle. Letztere bestehe vielmehr in der Verpflichtung aller Bürger, diejenigen Gesetze zu befolgen, die der Staat festgelegt habe. Die Juden, stellte Riesser fest, hätten in den Befreiungskriegen gegen Frankreich gekämpft und in den Armeen der deutschen Staaten gedient und hätten damit ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation bewiesen. Weil Riesser die Begriffe Nationalität, Staatsbürgerschaft und die Rolle des Staates ganz anders definierte als Paulus, gelangte er hinsichtlich der Emanzipation der Juden zu entgegengesetzten Schlussfolgerungen.

Im Jahr 1846 wurde im Parlament des Großherzogtums Nassau ein Antrag debattiert, in dem die Regierung aufgefordert wurde, den Juden die gleichen Rechte wie den übrigen Bürgern des Großherzogtums zu gewähren. Vergleichbare Debatten wurden zur gleichen Zeit auch in den Parlamenten anderer deutscher Staaten geführt, etwa in Baden, Bayern, Preußen und auch in der Deutschen Nationalversammlung während der Revolution von 1848. Im Zuge dieser Debatten, die hier in Auszügen wiedergegeben werden, legten Befürworter und Gegner der Emanzipation der Juden ihr Verständnis von Staatsbürgerschaft

dar und äußerten sich zu der Frage, ob die Juden die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllten.

2. Parteien und Organisationen

In den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts nahmen die Deutschen die Existenz politischer Parteien zwar wahr, betrachteten sie jedoch mit gemischten Gefühlen. Diese Ambivalenz wird in dem ersten Dokument dieses Abschnitts, dem Eintrag „Parteien“ aus dem *Staats-Lexikon*, deutlich. Zu Beginn setzt sich sein Autor mit den Theorien des Journalisten Friedrich Rohmer auseinander, der feststellte, dass seine Zeitgenossen in den 1840er Jahren die Parteienlandschaft in ein Links-Rechts-Spektrum aufteilten und als Beleg dafür die Radikalen, die Liberalen, die Gemäßigten (oder „juste milieu“, wie er sie mit Bezug auf die Gemäßigten in Frankreich nannte) und die Konservativen anführte. Der Autor des Lexikonartikels lehnt diese Unterscheidung jedoch im Grunde ab und bevorzugt zur Beschreibung von Politik die folgenden zwei Kategorien: besonderes Einzelinteresse und allgemeines oder öffentliches Interesse. Die einzig legitimen Parteien sind ihm zufolge diejenigen, die das öffentliche Interesse vertreten; andere Parteien oder jene, die besondere Einzelinteressen vertreten, entbehren jeglicher Legitimität. Der Autor dieses Auszugs sympathisiert mit dem linken politischen Flügel, aber der Verdacht, die politischen Parteien würden eher illegitime Einzelinteressen als das allgemeine öffentliche Interesse vertreten, war unter Deutschen mit den verschiedensten politischen Ansichten weit verbreitet.

Bei der Betrachtung der einzelnen Parteien oder, vielleicht präziser, der politischen Tendenzen, kann man auf der Rechten mit den Konservativen beginnen. Die Rede „Was ist die Revolution?“, die der konservative Politiktheoretiker und Professor für Rechtswissenschaft an der Berliner Universität, Friedrich Julius Stahl, 1852 hielt, zeigt, wogegen sich die Konservativen wandten, und lässt im Umkehrschluss erkennen, wofür sie politisch eintraten. Anhand dieser Rede wird sowohl deutlich, welche entscheidende Rolle die Ablehnung der Ideen und Forderungen der Französischen Revolution von 1789 für die deutschen Konservativen spielte, als auch, wie groß der Einfluss der christlichen Religion auf konservative Prinzipien war. Ebenso von Bedeutung ist Stahls scharfe Ablehnung des Nationalismus als einer Form von Götzendienst. Da im späteren 19. sowie im 20. Jahrhundert Nationalismus oft eng mit konservativer Politik in Verbindung stand, ist es immer wieder erstaunlich, festzustellen, dass deutsche (und andere europäische) Konservative in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts entschiedene Gegner des Nationalismus waren. Als Otto von Bismarck, der durch und durch konservative preußische Ministerpräsident, sich 1866 anschickte, Teile des politischen Programms der Nationalisten

umzusetzen, waren Konservative in ganz Deutschland entsetzt und fassten das als Verrat ihrer politischen Grundsätze auf.

Anfang Oktober 1847 trafen sich liberale Parlamentsabgeordnete und Politiker aus verschiedenen Staaten Süddeutschlands in der Stadt Heppenheim, um ein gemeinsames Programm auszuarbeiten. Ihre Erklärung, das „Heppenheimer Programm“ vom 10. Oktober 1847, ist eine gute Zusammenfassung des liberalen Gedankenguts am Vorabend der Revolution von 1848. Im Zentrum stand für diese Liberalen zwar die Forderung nach einem geeinten deutschen Nationalstaat, doch sie strebten auch die Ausweitung bürgerlicher Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie die Abschaffung des Feudalismus und der Vorherrschaft des Adels an. Wie der Zeitungsbericht über dieses Treffen nahe legt, waren sich die Liberalen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der unteren Schichten durchaus bewusst, wie z.B. der Steuerlast und des sinkenden Lebensstandards, aber sie konnten sich nicht darauf einigen, was dagegen zu unternehmen sei.

Das Programm der liberalen, 1861 in Preußen gegründeten Deutschen Fortschrittspartei verdeutlicht die Forderungen der liberalen Parteien gegen Ende des hier behandelten Zeitraums. Der Nationalismus und die deutsche nationale Einheit waren nach wie vor ein zentrales Thema für die Liberalen. An Bedeutung gewonnen hatten die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit und die Schaffung eines starken und unabhängigen Rechtswesens. Ein weiteres wichtiges Anliegen bestand darin, die Machtbefugnisse des gewählten Abgeordnetenhauses des preußischen Landtags gegenüber der preußischen Regierung und dem vom Adel dominierten Herrenhaus zu stärken. Ebenfalls behandelt wurden die Steuerlast und wirtschaftspolitische Fragen, wenngleich, wie bereits im Heppenheimer Programm, nur andeutungsweise. Weitere Themen von Bedeutung waren das öffentliche Bildungswesen sowie die Trennung von Kirche und Staat.

Mit dem Begriff „Demokraten“ bezeichnete man zu jener Zeit die radikaleren deutschen Politiker. Sie traten während der Revolution von 1848/49 am aktivsten und wirkungsvollsten in Erscheinung. Gustav von Struve (1805-1870) war ein bekannter demokratischer Politiker im Großherzogtum Baden. Als Teilnehmer am so genannten Vorparlament, dem Treffen liberaler und demokratischer Politiker im März/April 1848, das die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung vorbereiten sollte, reichte er einen Antrag ein, der den Kern des politischen Programms der Demokraten enthielt. Einige Teile von Struves Antrag lassen Ähnlichkeiten mit liberalen Ideen erkennen: nationale Einheit, bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit, Trennung von Kirche und Staat, Ende des Feudalismus und der Vorherrschaft des Adels. Diese Vorstellungen wurden hier jedoch entschiedener und heftiger

vorgetragen. Weitere Aspekte, die typisch für die Demokraten waren, betrafen eine dezidiert feindselige Haltung gegenüber dem Adel und die Befürwortung einer republikanischen Staatsform. Das Programm forderte außerdem soziale Reformen und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung – Themen, mit denen sich die Liberalen eher ungern beschäftigten. Bemerkenswert ist auch, dass dieses demokratische und radikale politische Programm sich gegen die Bürokratie wandte und nachdrücklich Steuersenkungen verlangte – Forderungen, die heutzutage eher mit Konservativen in Verbindung gebracht werden.

Erst gegen Ende des Zeitraums 1815 bis 1866 entwickelte sich aus der erweiterten radikalen und demokratischen Bewegung eine eindeutig sozialistische politische Strömung. Wenn überhaupt eine Person als Gründer einer sozialistischen oder einer sozialdemokratischen Partei in Deutschland gelten kann, dann ist dies der Autor und politische Agitator Ferdinand Lassalle (1825-1864). In seinem berühmten „Offenen Antwortschreiben“ von 1863 sprach er sich für die Gründung einer sozialistischen Arbeiterpartei aus. Solch eine Partei sollte nicht nur sozialistisch sein, sie sollte auch die liberale Forderung nach einer konstitutionellen und parlamentarischen Regierung sowie die radikale Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht aufgreifen, da Lassalle zufolge die bestehenden liberalen und demokratischen Parteien hierbei versagt hätten. Auf diese Weise sollte die Arbeiterpartei mehr oder weniger das politische Erbe der Liberalen und Demokraten antreten.

Ein spezifischer Aspekt des deutschen Parteiensystems zwischen 1871 und 1933 war die Existenz einer eigenen römisch-katholischen Partei zusätzlich zu den sozialistischen, radikalen, liberalen und konservativen Parteien. Diese Partei genoss die starke Unterstützung der katholischen Bevölkerung in Deutschland. Vor 1866 war es jedoch unklar, ob eine solche Partei jemals gegründet würde. Zweifellos waren fromme Katholiken, die regelmäßig in die Kirche gingen, aktiv in der Politik tätig. Ebenso gab es zahlreiche katholische Gruppen und Vereine innerhalb des öffentlichen Lebens; allerdings blieb die Frage ungeklärt, ob diese Vereine die Grundlage für eine katholische politische Partei bilden und ob fromme Katholiken in ihr politisch aktiv werden sollten. Während der 1848er-Revolution schlossen sich Deutschlands Katholiken in so genannten Pius-Vereinen (benannt nach Papst Pius IX.) zusammen. Auf der Generalversammlung der rheinländischen und westfälischen Pius-Vereine, die vom 17. bis zum 20. April 1849 in Köln abgehalten wurde, kam es bezeichnenderweise zu einer Debatte über die Frage, ob sich diese Vereine nur um religiöse Fragen kümmern oder ob sie zu allen politischen Fragen Stellung nehmen und damit de facto eine katholische politische Partei bilden sollten. Die Hauptteilnehmer dieser Debatte waren allesamt führende katholische Politiker: Franz Xaver Dieringer (1811-1876),

Professor für Theologie an der Universität Bonn, Hermann von Fürth (1815-1888), Rechtsanwalt aus Köln, Franz Joseph Buß (1803-1878), Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg sowie Ignaz Döllinger (1799-1890), Professor für Theologie an der Universität München. Ihre Diskussion drehte sich um die Frage, ob eine katholische Partei vorteilhaft für die Kirche sei, aber auch darum, ob Katholiken besser durch die Gründung ihrer eigenen Partei oder durch die Beteiligung an bereits bestehenden Parteien Einfluss auf das öffentliche Leben ausüben könnten.

3. Militär und Krieg

Der bekannteste deutsche und bis heute geschätzte Militärtheoretiker des frühen 19. Jahrhunderts war der preußische Generalmajor Carl von Clausewitz (1780-1831). Seine Abhandlung *Vom Kriege*, die auf Clausewitz' eigenen Erfahrungen während der napoleonischen Kriege und seinen ausführlichen militärhistorischen Studien beruhte, entstand in den 1820er Jahren. Veröffentlicht wurde sie jedoch erst nach seinem Tod. Das Buch wird noch heute von Militärstrategen zitiert, und allgemein bekannt ist die berühmte Wendung „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. In den hier ausgewählten Passagen wird jedoch eher deutlich, was man im frühen 19. Jahrhundert unter der Kunst der Kriegsführung verstand. Clausewitz beschrieb die zunehmende Überlegenheit der Infanterie gegenüber den anderen Teile der Armee sowie die Schwierigkeiten, die ihrem effektiven Einsatz entgegenstanden: Lange Märsche ermüdeten eine Armee und brachten ihre Organisation durcheinander; defensive Operationen waren mit größerer Wahrscheinlichkeit erfolgreich als offensive. Zugleich vertrat Clausewitz die Auffassung, seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert sei die Kriegsführung immer umfassender geworden und habe sich zunehmend auf weiter reichende Ziele und einen totalen Sieg gerichtet. Es war deshalb eine Forderung der Strategie, aggressiv vorzugehen, um einen totalen Sieg zu erlangen, während militärtaktische Erwägungen gleichzeitig nahe legten, dass derartige Unternehmungen eher wenig Erfolg versprachen.

Eine Lösung dieses Dilemmas bot der erste Chef des preußischen Generalstabs, Helmuth von Moltke (1800-1891), an. In seinem Memorandum von 1861 vertrat Moltke die Ansicht, dass Verbesserungen im Bereich der Militärtechnologie – insbesondere der Drall in Gewehrläufen und Artilleriewaffen sowie die Einführung von Hinterladern – die Feuerkraft der Armee merklich vergrößern würden. Gewehre und Kanonen könnten so ihre Wirkung auf eine weitaus größere Reichweite entfalten, und die Infanterie könne mit ihrem Zündnadelgewehr, dem Hinterlader, den die preußische Armee eingeführt hatte, eine weitaus größere Feuergeschwindigkeit erzielen. Unter diesen Umständen werde derjenige

mit der größten Feuerkraft das Schlachtfeld beherrschen, was Frontalangriffe wie die Bajonett-Attacken der napoleonischen Ära im flachen Gelände unmöglich machte. Nach der Schwächung des Gegners durch das vernichtende Feuer von Infanterie und Artillerie konnten tiefgestaffelte Formationen mit ausgedehnten Reserven kampfscheidende Flankierungs- und Einkreisungsmanövern ausführen und sich bei ihrem Vormarsch die Beschaffenheit des Geländes zunutze machen.

Wie sollten die Truppen jedoch überhaupt auf die Schlachtfelder gelangen, wenn man die Strapazen langer Märsche vermeiden wollte, auf die Clausewitz hingewiesen hatte? Moltke schlug für den Truppentransport ins Kampfgebiet die Eisenbahn vor. In seinem Memorandum vom April 1866 über die Möglichkeit eines Krieges zwischen Preußen und Österreich hielt Moltke fest, dass Preußen Österreich und seinen Verbündeten unter den deutschen Staaten zwar zahlenmäßig unterlegen sei, die preußische Armee durch eine effektive Nutzung der Eisenbahn jedoch mehr Soldaten an die Front in Sachsen und Böhmen bringen könne als Österreich. Als der Krieg zwei Monate später ausbrach, war das tatsächlich der Fall.

Moltkes neue Taktik erwies sich deswegen als so erfolgreich, weil sie allein von Preußen angewandt wurde. Österreich-Ungarn, Preußens diplomatischer und militärischer Hauptgegner unter den Staaten des Deutschen Bundes, hielt an den Bajonett-Angriffen der napoleonischen Zeit fest, setzte seine Truppen weiterhin langsam und vorsichtig und größtenteils zu Fuß in Marsch und verließ sich nach wie vor mehr auf Festungen als auf die Eisenbahn. Fürst Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen (1827-1892) durchlief eine lange militärische Karriere, die ihn schließlich zum General der preußischen Artillerie aufsteigen ließ. 1854 war er als junger Offizier preußischer Militärattaché in Wien. Seine Beobachtungen der österreichischen Armee, die in seinen posthum veröffentlichten Memoiren festgehalten sind, vermitteln den Eindruck einer inkompetent geführten und schlecht ausgebildeten Armee, die nicht imstande war, Fortschritte im Bereich der Militärtheorie oder -technologie richtig zu erfassen.

4. Wirtschaft und Arbeit

In der Zeit von 1815 bis 1866 setzte sich in den deutschen Staaten allmählich die freie Marktwirtschaft durch. Hemmnisse wie die grundherrschaftlichen Rechte in der Landwirtschaft, das Zunftwesen im Handwerk und Schutzzölle im internationalen Handel wurden abgebaut. Gegen diese Änderungen regte sich jedoch starker Widerstand. Gegner

verschiedener Aspekte der freien Marktwirtschaft wehrten sich heftig gegen die wirtschaftliche Liberalisierung.

Großbritannien war das große Vorbild für die Verfechter der freien Marktwirtschaft im 19. Jahrhundert. Auch der bekannteste Befürworter des Freihandels in Deutschland in der Zeit zwischen 1815 und 1866 war Engländer, John Prince-Smith (1809-1874), der 1831 in die preußische Stadt Elbing zog, um dort Englisch zu unterrichten, und schließlich preußischer Staatsbürger wurde. Prince-Smith war einer der Begründer des Kongresses Deutscher Volkswirte, der als Debattierklub und Lobby-Gruppe energisch für den Freihandel eintrat. Im folgenden sind Auszüge aus von Prince-Smith 1843 und 1845 verfassten Aufsätzen über Freihandel und Protektionismus wiedergegeben, in denen er die Vorzüge des Freihandels hervorhob und darauf hinwies, wie wichtig die Nichteinmischung der Regierung in die Wirtschaft sei. Prince-Smith legte Wert darauf, sein Eintreten für den freien Markt sowohl auf die führenden Köpfe der preußischen Reformen des frühen 19. Jahrhunderts zu beziehen (die tatsächlich Fürsprecher des Freihandels waren) als auch mit dem Bau der ersten Eisenbahnen und der Entwicklung der Fabrikindustrie in Mitteleuropa in den 1840er-Jahren in Verbindung zu bringen. In diesem Abschnitt findet sich auch ein Auszug aus einer späteren Abhandlung von 1863 über die Natur des Marktes, in der Prince-Smith einen ganz anderen Aspekt wirtschaftlicher Entwicklung diskutierte: Er vertrat darin die Auffassung, dass ein freier Markt das wirtschaftliche Wachstum erhöhen und die soziale Lage der Arbeiterklasse verbessern werde.

Bei der Einführung der freien Marktwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert ging es um zwei verschiedene, deutlich zu unterscheidende Arten von Freiheit. Dabei traten die Befürworter der einen nicht immer auch für die andere ein. Handelsfreiheit meinte die Abschaffung von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen sowie weiterer Hindernisse des Warenverkehrs zwischen den einzelnen Staaten. Gewerbefreiheit bedeutete die ungehinderte Ausübung jeglichen Gewerbes oder Handwerks und, damit eng verbunden, die Niederlassungsfreiheit. Hauptgegner der Gewerbefreiheit waren die Zünfte, deren Mitglieder entschlossen waren, die Zahl der zur Ausübung eines Handwerks Berechtigten zu begrenzen und die Ausübung der Handwerkstätigkeit streng zu reglementieren. Die deutschen Stadtstaaten Frankfurt, Hamburg, Bremen und Lübeck waren Hochburgen der Zünfte. Ihre Wirtschaft hing weitgehend vom internationalen Handel ab, und ihre Regierungen befürworteten darum entschieden die Handelsfreiheit, lehnten jedoch die Gewerbefreiheit generell ab. [Karl] Viktor Böhmert (1829-1918), Ökonom, Wirtschaftsjournalist und aktives Mitglied des Kongresses Deutscher Volkswirte, war in den späten 1850er-Jahren Herausgeber des Bremer *Handelsblatts*. (Später wurde Böhmert zum

Professor an der Technischen Hochschule Dresden und zum Direktor des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus berufen.) In seinem 1858 erschienen Buch über die Gewerbefreiheit, das hier in Auszügen wiedergegeben wird, griff er die Bremer Befürworter des Zunftwesens an. Böhmert führte Aussagen von Vertretern der Zünfte an, die der Auffassung waren, die Zünfte stärkten die Mittelschicht, verhinderten das Anwachsen eines verarmten Proletariats und hoben die „moralische Haltung“ von Handwerkern und Arbeitern. Er selbst behauptete, dass genau das Gegenteil der Fall sei: Die Gewerbefreiheit ermögliche jenen erstrebenswerten Zustand während die Vorschriften des Zunftwesens ihn verhinderten.

Wiederholte wirtschaftliche Krisen und die zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungsschichten diskreditierten insbesondere in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Vorstellungen zur wirtschaftlichen Deregulierung. Der Ökonom Friedrich Bülow (1805-1859), Professor für Staatswissenschaft an der Universität Leipzig, behauptete 1834, dass die zeitgenössischen Erklärungsversuche der wachsenden Armut in Deutschland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Einfluss des Marktes auf Lebensstandards nicht ausreichend berücksichtigten. Er befürwortete marktwirtschaftliche Regelungen im Bereich der Landwirtschaft, des Handels und bei der Armenfürsorge, in denen er ein Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands sah.

Doch selbst Vertreter des Freihandels zweifelten daran. In dem hier präsentierten Auszug aus dem Artikel „Gewerbe- und Fabrikwesen“ des *Staats-Lexikons* von Rotteck und Welcker wurden die Zünfte entschieden abgelehnt und die Durchsetzung der Gewerbefreiheit gefordert. Jedoch kam der Autor nicht umhin zu bemerken, dass ein freier Arbeitsmarkt zur Dominanz der Großunternehmer gegenüber den kleineren Gewerbetreibenden zu führen scheine. Da er jegliche staatliche Intervention ablehnte, meinte er die Lösung dieses Problems in freiwilligen Vereinigungen, Genossenschaften und in Bildungsanstrengungen zu erkennen – Vorstellungen, die unter deutschen Befürwortern der freien Marktwirtschaft breite Zustimmung fanden, wie die Auszüge aus Böhmerts Aufsatz zur Gewerbefreiheit haben erkennen lassen.

Einer der bekanntesten Kritiker des Freihandels war der Journalist und Ökonom Friedrich List (1789-1846). In *Das Nationale System der politischen Oekonomie*, seinem berühmtesten Werk, das 1841 verfasst wurde und hier in Auszügen wiedergegeben wird, kritisierte List Adam Smith und seine Schüler. List führte an, dass vom Freihandel zwischen den Nationen vor allem wirtschaftlich und industriell hoch entwickelte Länder wie Großbritannien profitierten, während industriell weniger fortgeschrittene Länder wie

Deutschland benachteiligt würden. Solche Länder sollten Schutzzölle für Fertigwaren einführen, um ihre Produktionskapazitäten auszubauen zu können. Allgemein trat List für eine spezifisch nationale Sicht ökonomischer Entwicklungen ein und empfahl politische Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifikation der Arbeiterschaft, um dadurch die ökonomische Entwicklung zu fördern. Lists Ideen waren im 19. Jahrhundert in Deutschland sehr einflussreich; heutzutage werden seine Arbeiten mit großem Interesse in Ostasien gelesen.

Obwohl er im Bereich des internationalen Handels ein Befürworter des Protektionismus war, hielt Friedrich List zwischen den deutschen Staaten Freihandel und in ihnen Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit für sinnvoll. Dennoch gab es in den Jahren zwischen 1815 und 1866 viele Kritiker der Gewerbe- und der Niederlassungsfreiheit und zahlreiche Befürworter des Zunftwesens. Eines ihrer zentralen Argumente lautete, die Einführung dieser Freiheiten sei im Grunde ein Akt bürokratischer Unterdrückung, der einer unwilligen Bevölkerung durch autoritäre Regierungsbeamte aufgezwungen werde. Der Volkskundler und konservative Journalist Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897) artikulierte diese Idee nachdrücklich und klar in seinem sehr einflussreichen 1851 verfassten Buch *Die bürgerliche Gesellschaft*.

Die entstehende sozialistische Bewegung stand, wie man vermuten würde, einer freien Marktwirtschaft ablehnend gegenüber. In dem vorliegenden Auszug aus Ferdinand Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ von 1863 erklärte der Sozialistenführer sein „ehernes Lohngesetz“, demzufolge der Lohn des Arbeiters durch die Mechanismen eines freien Arbeitsmarktes unweigerlich und zwangsläufig auf das Existenzminimum reduziert werde.

In die Phase zwischen 1815 und 1866 fiel auch die Entwicklung einer spezifisch römisch-katholischen Sozial- und Wirtschaftslehre in Deutschland. Sie wurde vor allem von dem Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877) vertreten. Ketteler nahm sowohl die konservative Kritik an der Gewerbefreiheit als auch Lassalles These vom „ehernen Lohngesetz“ auf und verurteilte nachdrücklich die freie Marktwirtschaft sowie die liberalen Politiker, die sich für sie stark machten. Im Unterschied zu anderen katholischen oder konservativen Kritikern des freien Marktes hatte er jedoch Zweifel am Nutzen des Zunftwesens, denn er bemerkte, dass die Verbraucher von wirtschaftlicher Konkurrenz profitierten. Darüber hinaus lehnte er Staatsinterventionen im Bereich der Wirtschaft ab. Ketteler war der Ansicht, die katholische Kirche könne am besten dadurch zur Lösung der sozialen Frage beitragen, dass sie sich auf die Armenfürsorge konzentrierte, die Arbeiter zu moralischem und religiösem Lebenswandel anhielt und die wohlhabenden und frommen

Katholiken dazu bewog, die Geldmittel für die Gründung von Produktivgenossenschaften bereit zu stellen.

5. Natur und Umwelt

Es ist nicht unfair zu behaupten, ein Umweltbewusstsein im modernen Sinn oder das Gefühl, dass industrielle und technische Entwicklungen die Natur bedrohten, habe in Deutschland zwischen 1815 und 1866 nicht existiert. Industrialisierung und Verstädterung nahmen in diesen Jahren erst ihren Anfang. Es gab gewiss Fälle, in denen Gase oder Flüssigkeiten aus den ersten Fabriken austraten und dann in ihrer Umgebung Schaden verursachten sowie die Anwohner belästigten oder verärgerten. Erste staatliche Vorschriften für solche Emissionen und gesetzliche Vorgaben, die diese als öffentliches Ärgernis einstufte, ähnlich dem Überfließen von Jauchegruben, stellten keine effizienten Maßnahmen dar, um mit derartigen, bis zu diesem Zeitpunkt noch ziemlich ungewöhnlichen Vorkommnissen fertig zu werden. Wie die folgenden Dokumente erkennen lassen, waren sich die Zeitgenossen ziemlich unsicher, wie man diese neuen Entwicklungen bewerten und wie man mit ihnen umgehen sollte.

In der westfälischen Stadt Iserlohn wurde 1816 eine Chemiefabrik gegründet. Beschwerden von Anwohnern und Maßnahmen der Behörden dagegen gab es schon seit 1830, aber, wie die folgenden Dokumente zeigen, schien das Interesse begrenzt, sich mit der Angelegenheit wirklich auseinanderzusetzen. Der Fabrikbetrieb wurde 1853 schließlich eingestellt.

1862 überreichte eine Gruppe von Ulmer Einwohnern dem Bayerischen Innenministerium eine Petition, in der sie sich über die Luftverschmutzung beschwerte, die auf den zunehmenden Einsatz von Kohle als Brennstoff in größeren Fabriken zurückzuführen war. Die Bayerische Central-Stelle für Gewerbe und Handel wurde um eine Stellungnahme gebeten und gab zu, dass die Vorwürfe der Beschwerdeführer berechtigt seien, sah sich jedoch nicht in der Lage, eine durchgreifende Lösung des Problems vorzuschlagen, sondern deutete vielmehr an, dass sich die Ulmer Bevölkerung einfach daran würde gewöhnen müsse.

Zur gleichen Zeit wurde sich die Ärzteschaft in Deutschland erst ganz allmählich darüber klar, dass die industriebedingte Umweltverschmutzung ein potentiell Gesundheitsrisiko darstellte. Die folgende Quelle ist ein Auszug aus dem klinischen Bericht über eine Autopsie, der in der medizinischen Zeitschrift *Deutsche Klinik* im Jahr 1860 von Professor Ludwig Traube, Arzt am Berliner Universitätskrankenhaus Charité, veröffentlicht wurde. Dieser

Bericht verdeutlicht, wie sich innerhalb der deutschen Medizinwissenschaft die Auffassung durchsetzte, dass die Staublunge eine Krankheit war, die ursächlich mit dem Einatmen von Kohlenstaub zusammenhing und sich darin von anderen in dieser Zeit weitverbreiteten Atemwegserkrankungen wie Influenza, Lungenentzündung, Bronchitis und Tuberkulose unterschied.

6. Geschlecht, Familie und Generationen

Bestimmende und weithin akzeptierte Vorstellungen der Zeit zu Familie und Geschlecht finden sich in zwei Artikeln des *Staats-Lexikons*. Im ersten Artikel über „Familie, Familienrecht“ unterstrich der Autor, dass die Ehe die moralische und rechtliche Grundlage der Familie darstelle. Die Ehe sei eine auf gegenseitige Liebe und Zuneigung gegründete Verbindung zweier Menschen zu einer vereinten Person unter der Kontrolle des Ehemanns. Die Ehe sei außerdem eine Gütergemeinschaft, in der zwar wiederum der Ehemann über den Familienbesitz das Sagen habe, innerhalb derer jedoch auch die Ehefrau bestimmte Rechte über ihr Eigentum behalte. Schließlich seien Familien hierarchisch aufgebaut: Die Eltern hätten Gewalt über ihre minderjährigen Kinder, und der Haushaltsvorstand über die Angestellten, die als Mitglieder der Familie angesehen wurden.

Der zweite Artikel über „Geschlechterverhältnisse“ beschäftigt sich mit den vermeintlichen Unterschieden zwischen Männern und Frauen und den daraus folgenden politischen Konsequenzen. Der Autor behauptete, dass Mann und Frau von Natur aus unterschiedlich seien und bezog damit einen in seiner Zeit allgemein vertretenen Standpunkt. Erstere seien aktiv, energisch, rational, und ihr Leben orientiere sich hauptsächlich nach außen; letztere seien passiv, anpassungswillig und emotional, und ihr Leben orientiere sich nach innen auf die Familie und den Haushalt. Der Autor zog hieraus den Schluss, dass nur Männer das Recht haben sollten, aktiv in der Politik mitzuwirken. Die Auffassungen der Konservativen, dass arme Männer genauso wenig Rechte wie Frauen haben sollten, lehnte er ebenso ab wie die Vorstellung von Frauenrechtlerinnen, denen zufolge Frauen die gleichen politischen Rechte wie Männer erhalten sollten. Zugleich war der Autor aber auch der Meinung, dass Frauen in gewissem Umfang ebenfalls am öffentlichen Leben teilhaben sollten: Von ihren weiblichen Qualitäten wie Einfühlungsvermögen und Fürsorglichkeit sollten sie dadurch Gebrauch machen, dass sie Vereine gründeten, Petitionen an die Regierung stellten und als Zuschauerinnen an Versammlungen der parlamentarischen Gremien teilnahmen.

Man kann sich fragen, inwiefern diese Vorstellungen über Familie und Geschlechter der damaligen Realität entsprachen. Der konservative Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl hatte

offenbar seine Zweifel: Er bemerkte, dass das Ideal getrennter Lebensbereiche – die Männer bei der Arbeit im öffentlichen Raum, die Frauen zu Hause im Rahmen der Familie – in erster Linie auf die gehobenen Schichten zutraf, während sich in den unteren sozialen Schichten die alltäglichen Beschäftigungen von Mann und Frau viel mehr überschnitten.

Damals wie heute entsprach das Privatleben mancher Gruppen der Einwohnerschaft in den großen Städten nicht den gängigen Vorstellungen. Der Autor Ernst Dronke (1822-1891) beschrieb in seinem Buch *Berlin* von 1846 zwei Beispiele der städtischen Lebensweise. Ein Beispiel war Kommerzialisierung der Ehe in Form von Ehevermittlern, die potentielle Eheleute vor allem auf der Grundlage ihres Vermögens zusammenbrachten und damit die Idee von der Ehe als einem auf gegenseitiger Liebe und Zuneigung gegründeten Bund zweier Menschen zur Farce machten. Das andere Beispiel war das Leben der intellektuellen Bohème, in der man die Emanzipation der Frauen befürwortete, zusammenlebte, ohne verheiratet zu sein, und generell die Auffassung ablehnte, die Ehe sei die moralische und religiöse Grundlage des Familienlebens.

In gewissem Umfang kritisierten auch die ersten Frauenrechtlerinnen die vorherrschenden Ehevorstellungen. In der von ihr herausgegebenen *Frauen-Zeitung* verurteilte die politisch aktive Autorin Louise Otto (1819-1895), dass in ländlichen Gegenden Ehen vor allem auf Grundlage des Besitzes geschlossen würden, während gegenseitige Liebe und Zuneigung (die, wie gezeigt, sogar die Autoren des *Staats-Lexikons* als Voraussetzung für eine Ehe ansahen) keine Rolle spielten.

Während der Revolution von 1848 war das politische Engagement von Frauen in Mitteleuropa besonders ausgeprägt. Die drei folgenden Beispiele zeigen jedoch, dass dieses Engagement dem in den Artikeln des *Staats-Lexikons* entwickelten Geschlechterideal häufiger entsprach als es in Frage zu stellen.

In dem Aufruf der verheirateten Frauen und der Mädchen Württembergs an Deutschlands Soldaten beriefen sich die Frauen auf ihre Stellung in Haus und Familie und auf ihre Eigenschaft als vornehmlich liebende und gefühlsbestimmte Wesen, um die Männer zum politischen Handeln zu bewegen.

Louise Ottos Grundsatzklärung in der Erstausgabe ihrer *Frauen-Zeitung* vom 21. April 1849 lässt erkennen, wie sorgfältig sie sich um Abgrenzung gegenüber denjenigen „emanzipierten“ Frauenrechtlerinnen bemühte, die jeglichen Unterschied zwischen Männern und Frauen leugneten.

In Wien waren die Frauen während der Revolution von 1848 besonders aktiv. Die hier präsentierten Dokumente bestehen aus den Statuten des in Wien gegründeten Demokratischen Frauenvereins, einer knappen Rückschau von 1850 auf seine Aktivitäten sowie der Petition, die der Verein der österreichischen verfassungsgebenden Versammlung zukommen ließ. Nur Frauen konnten als aktive und stimmberechtigte Mitglieder des Vereins aufgenommen werden; verheiratete und unverheiratete Frauen hatten die gleichen Rechte. Die Statuten standen in einer gewissen Spannung zu den Geschlechteridealen, wie sie in den Artikeln des *Staats-Lexikons* zum Ausdruck kamen. Die Aktivitäten des Vereins spielten sich im allgemeinen jedoch im Rahmen dessen ab, was als schicklich für Frauen erachtet wurde.

Politisches Engagement von Frauen in Deutschland wurde nach der gescheiterten Revolution von 1848 unterdrückt und lebte erst in den 1860er Jahren wieder auf. 1865 wurde die erste Frauenvereinigung auf nationaler Ebene gegründet, der Allgemeine Deutsche Frauenverein. Seine Statuten sowie der Bericht der Vorsitzenden Louise Otto von 1869 zeigen, dass die Aktivitäten des Vereins vor allem der Verbesserung der Bildungs- und Erwerbschancen von Frauen galten. Die Vorstellung, Frauen sollten erwerbstätig sein, insbesondere Frauen aus der gebildeten Mittelschicht, stellte einen Angriff auf die Geschlechterprinzipien des *Staats-Lexikons* dar, denen zufolge sich die Tätigkeit von Frauen auf Heim und Familie beschränken sollte.

1866 wurde in Berlin der Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts, gegründet, der „Lette-Verein“, wie man ihn gemeinhin bezeichnete. Wie der anlässlich des 25jährigen Bestehens des Vereins 1890 verfasste Rückblick zeigt, war er weder eine feministische noch eine oppositionelle Organisation. Ihr Gründer, Professor Lette, war ein Mann und Mitglied im sozialreformerischen Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen. Sein Verein wurde von Angehörigen der preußischen königlichen Familie unterstützt und finanziell gefördert. Dennoch war das Ziel des Vereins – Bildungs- und Ausbildungsangebote für junge Frauen aus der Mittelschicht, damit diese ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten, ohne heiraten zu müssen – auch ein Schritt weg von den vorherrschenden Geschlechtervorstellungen der Zeit.

All diese Formen weiblichen Engagements waren weit davon entfernt, allgemeine Zustimmung und Unterstützung zu finden. Besonders politisch Konservative wandten sich gegen die Vorstellung, dass Frauen überhaupt eine Rolle im öffentlichen Leben spielen sollten. Der Volkskundler und konservative Journalist Wilhelm Heinrich Riehl greift in dem

hier vorgestellten Quellenauszug die gängigen Vorstellungen von den Unterschieden zwischen Männern und Frauen auf und benutzt sie, um nicht nur „emanzipierte“ Frauen wie die Autorin Louise Aston, sondern jegliche Form des Engagements von Frauen außerhalb des eigenen Heims anzugreifen.

7. Regionen, Städte, Landschaften

Der Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897) war ein genauer, wenngleich bisweilen voreingenommener Kenner von Deutschlands Regionen und seiner ländlichen und städtischen Gebiete. In dem hier vorliegenden Auszug aus seiner 1851 erschienenen Arbeit *Land und Leute* vertritt er den Standpunkt, dass man Deutschland in drei Regionen aufteilen könne, die jeweils von einem deutlich anderen Verhältnis zwischen Stadt und Land gekennzeichnet seien. Der Leser sollte sich jedoch bei der Lektüre des Textes immer vor Augen halten, dass Riehls sehr scharfsichtigen Beobachtungen politisch motivierte Wertvorstellungen zugrunde lagen, an erster Stelle seine Überzeugung, dass Stadt- und Landbewohner sich sehr voneinander unterschieden.

Ein zweiter Auszug aus Riehls Buch *Die bürgerliche Gesellschaft* aus dem Jahre 1851 beschäftigt sich mit der Fortdauer regionaler Identitäten unter der deutschen Landbevölkerung in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie stammten noch aus der Zeit des alten Reiches, der Epoche bevor die Französische Revolution, die Ära Napoleons und der Wiener Kongress die Territorien der deutschen Staaten drastisch veränderten.

Ein typisches Beispiel für eine provinzielle Region ist nach Ansicht vieler Deutscher die im Südwesten Deutschlands westlich des Rheins gelegene Pfalz. Der Romanschriftsteller und Journalist August Becker (1826-1891) verfasste 1857 einen vielgelobten Reiseführer durch die Pfalz, an dessen Anfang eine allgemeine Beschreibung der Region und ihrer Einwohner steht. Für Becker sind natürliche Bedingungen wie Klima und Topographie, historische Erfahrungen, Bräuche und Sitten und soziale Praktiken die Kennzeichen einer Region. Er verweist auch auf die Bedeutung der Beziehung einer Region zu dem sie regierenden Staat (in diesem Falle dem Königreich Bayern) und zur Idee eines deutschen Nationalstaats. Beckers politische Sympathien galten den Liberalen: Der Leser kann Beckers Vorstellung von einer Region mit der seines konservativen Zeitgenossen Riehl vergleichen.

Die Jahre zwischen 1815 und 1866 waren in Deutschland keine Zeit der raschen Urbanisierung. Erst nach 1850 wuchs die Stadtbevölkerung schneller als die Gesamtbevölkerung. In den deutschen Staaten gab es kein dominierendes städtisches

Zentrum, wie es Paris, London, Madrid, Lissabon, Amsterdam, Kopenhagen oder Stockholm in den anderen europäischen Ländern darstellten. Die am schnellsten wachsende deutsche Großstadt war die preußische Hauptstadt Berlin. Das 1846 verfasste Buch des Schriftstellers und Sozialisten Ernst Dronke über die Hauptstadt erregte großes Aufsehen und führte zu seiner Verhaftung durch die preußischen Behörden. Die hier ausgewählten Ausschnitte zeichnen ein Bild vom Leben in der Großstadt: Geschwindigkeit, Unmoral, Vielfalt und Anonymität machen es aus. Als Sozialist beschreibt Dronke Berlin auch als eine Stadt des expandierenden Kapitalismus und des Elends der Arbeiterklasse. Ein genauerer Blick auf seine Darstellung der Arbeiter zeigt jedoch, dass es hierbei vor allem um vorindustrielle Handwerker und von Kaufleuten abhängige Handwerksmeister geht, hingegen nur um sehr wenige Fabrikarbeiter. Das Berlin, das Dronke beschreibt, gleicht eher einer vorindustriellen europäischen Stadt des 18. Jahrhunderts als einem Industriezentrum des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, wie Berlin es selbst werden sollte.

8. Religion

In den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts nahm die Säkularisierung in Deutschland zu; das galt besonders für das protestantische Bildungsbürgertum. Im Gegensatz zur Aufklärung des 18. Jahrhunderts nahm diese Säkularisierung nicht die Form einer Gegenbewegung gegen die christliche Offenbarungsreligion an, sondern entwickelte sich aus dem Christentum selbst heraus. Ein Schlüsseldokument dieser Entwicklung stellt das 1835 veröffentlichte Buch *Das Leben Jesu* des protestantischen Theologen David Friedrich Strauss (1808-1874) dar. Strauss wandte die Methoden der Bibelkritik an, die deutsche protestantische Theologen zum besseren Verständnis der Bibel entwickelt hatten. Er kam zu dem Schluss, dass die Berichte des Evangeliums über die Wunder und über den Tod und die Wiederauferstehung Jesu später entstandene, mythische Hinzufügungen zur Lebensgeschichte eines sterblichen Menschen seien. Noch weiter ging seine Behauptung, dass die Ideale der Lehre Jesu in einem säkularen Humanismus einen angemesseneren Ausdruck fänden als in der protestantischen Doktrin. Das Buch kostete Strauss seinen Lehrstuhl an der Universität Tübingen. Seine Berufung auf einen Lehrstuhl für protestantische Theologie an der Universität Zürich wurde von einer aufgebrachten Menge frommer Protestanten verhindert, seine Ideen jedoch blieben das ganze 19. Jahrhundert hindurch einflussreich.

Waren die Jahre zwischen 1815 und 1866 eine Zeit zunehmender Säkularisierung, so waren sie paradoxerweise auch eine Zeit wiedererwachender Religiosität. Unter den Katholiken Mitteleuropas entwickelte sich ein wachsender Glaube an die Gültigkeit religiöser Praktiken

und Überzeugungen, die das aufgeklärte 18. Jahrhundert verworfen hatte: Dazu zählten die Verehrung der Jungfrau Maria, das Beten des Rosenkranzes, Wallfahrten und Prozessionen, sowie das Eingreifen Gottes in menschliche Angelegenheiten in der Form von Wundern. Ein frühes Beispiel dieser Form von Frömmigkeit war die große Wallfahrt zum Heiligen Rock von Trier. Etwa eine halbe Million Pilger kam im Jahr 1844 zum Trierer Dom, um das hier öffentlich ausgestellte Totenhemd Christi zu sehen (ein nahtloses Gewand, das Christus dem Johannes-Evangelium zufolge vor seiner Kreuzigung trug). Jacob Marx (1803-1876), Professor am Trierer Theologischen Seminar, beschrieb die Wallfahrt als Wiedererwachen katholischer Frömmigkeit.

Auch viele deutsche Protestanten erlebten zu dieser Zeit eine religiöse Erneuerungsbewegung, die zeitgenössisch als „Erweckung“ bezeichnet wurde. Die „Erweckten“, die sich entschieden gegen die rationalistischen Ideen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und ihrer Fortsetzung im 19. Jahrhundert in den Thesen des Philosophen G.W.F. Hegel und seiner Anhänger (wie David Strauss) wandten, waren „wiedergeborene“ Christen, die eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus erlebten und die biblische Offenbarung über die menschliche Vernunft stellten. Als Gruppe waren sie sehr aktiv bei der Gründung von Organisationen und Vereinen für wohltätige und fromme Zwecke. Ein Lieblingsprojekt der „erweckten“ deutschen Protestanten waren Missionsgesellschaften, die den „Heiden“ und den Juden das Evangelium näherbringen sollten. Das vorliegende Dokument über die Gründung derartiger Missionsgesellschaften in Elberfeld und Barmen – zweier Industriestädte im westlichen Teil Deutschlands, wo die Erweckungsbewegung sehr einflussreich war – verdeutlicht sowohl den theologischen als auch den geistigen Kontext der Erweckungsbewegung. Ihre ersten Anhänger waren zumeist nicht sehr zahlreich und versammelten sich in Konventikeln. Sie verstanden sich als Teil einer internationalen protestantischen Erneuerungsbewegung und wandten sich sowohl gegen den protestantischen Rationalismus des 18. Jahrhunderts als auch gegen die Ideen der Französischen Revolution.

Einer der führenden Theologen der Erweckungsbewegung in Deutschland war Friedrich August Tholuck (1799-1877), der von 1825 bis zu seinem Tode als Professor für Theologie an der Universität Halle wirkte. Tholuck machte sich einen Namen als produktiver Gelehrter und aktiver Prediger des Erweckungsprotestantismus, der religiöse Rationalisten von der Kanzel aus, in Fakultätssitzungen, Vorlesungen, wissenschaftlichen Studien und polemischen Aufsätzen angriff. Im folgenden werden Auszüge aus zwei Predigten wiedergegeben, die er in der Universitätskapelle in Halle vor Studenten der protestantischen Theologie hielt. Die erste – „Was ist die menschliche Vernunft wert?“ – stammt aus den

frühen 1840er Jahren. In ihr bezog Tholuck Stellung gegen die Bestrebungen von Rationalisten wie David Friedrich Strauss, die biblischen Texte zu kritisieren. Er führt dagegen aus, dass menschliche Vernunft nur dann einen Wert besitze, wenn sie von Gott inspiriert sei, wie es das Evangelium offenbare. In der zweiten Predigt mit dem Titel „Wann ist größere bürgerliche Freiheit für ein Volk ein Glück?“, die Tholuck während der Revolution von 1848 hielt, äußerte er scharfe Kritik an der Revolution und ihren Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Bürgerrechten. Hier wird die deutlich konservative politische Haltung der meisten frommen deutschen Protestanten der Zeit erkennbar.

Zwischen der Zunahme eines säkularen Humanismus einerseits und einer religiösen Erweckungsbewegung andererseits wurde es in den Jahren 1815 bis 1866 immer schwieriger, einen religiösen Standpunkt zu finden, der zwischen der Offenbarungsreligion und den Entwicklungen in der Naturwissenschaft und der kritischen geisteswissenschaftlichen Forschung vermittelte. Anhänger aller Religionen in Deutschland bemühten sich darum, wenngleich derartige Anstrengungen von Katholiken weniger unternommen wurden als von Juden und Protestanten. Ein bekanntes Beispiel für einen solchen Versuch war die Gründung des Protestantenvereins in der thüringischen Stadt Eisenach im Jahr 1865. Einer seiner Mitbegründer war Daniel Schenkel (1813-1885), Professor für Theologie an der Universität Heidelberg, einem Zentrum des religiösen Rationalismus in Deutschland. Die folgenden Auszüge aus einer kleinen Schrift, die er zur Rechtfertigung der Vereinsgründung verfasste, umreißen einige der wesentlichen Argumente, die angeführt wurden, wenn es um die Bestimmung einer eigenständigen Position zwischen rationalistischem Humanismus und religiöser Erweckungsbewegung ging. Schenkels Unterscheidung zwischen Religion und Kirche und seine Definition von Protestantismus, die sich von Gewissensfreiheit und individueller spiritueller Selbstbefragung leiten ließ, ergab eine völlig andere Religionsvorstellung als die Tholucks, die sich auf die biblische Offenbarung gründete. Die Verbindung, die Schenkel zwischen dem Protestantismus und der deutschen Nation sowie der Forderung nach kritischem Denken der gebildeten deutschen Mittelschicht herstellte, legte ein Religionsverständnis nahe, das im Einklang mit Liberalismus und Nationalismus stand und sich darin ebenfalls deutlich von Tholucks Sicht auf Religion und Politik unterschied. Der Leitspruch des Protestantenvereins, seine Forderung nach „der Erneuerung der protestantischen Kirche im Geiste evangelischer Freiheit“ und „im Einklang mit der gesamten Culturentwicklung unserer Zeit“ schien unter Beibehaltung der Ideale der Reformation einen Weg zur Versöhnung der protestantischen Religion mit den neuen Entwicklungen von Wissenschaft und Forschung zu eröffnen.

9. Literatur, Kunst, Musik

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war in Mitteleuropa durch zwei kulturelle Hauptströmungen gekennzeichnet: Klassik und Romantik. Die Klassik betonte in der Kunst Eleganz, Ausgewogenheit und formvollendetes Handwerk; ihre Anhänger waren kosmopolitisch und suchten sich ihre kulturellen Vorbilder in der klassischen Antike, insbesondere im alten Griechenland. Die Romantik betonte hingegen Leidenschaften, Sehnsucht, das Unvollendete und Unvollständige; ihre Protagonisten waren oftmals nationalistisch eingestellt und fanden ihre kulturellen Vorbilder vor allem in der Gotik des Mittelalters.

Der wichtigste Befürworter und Vertreter der Klassik im Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts war der Dichter, Dramatiker und Romanschriftsteller Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832). In seinen letzten Lebensjahren führte Goethe mehrere Gespräche mit einem jungen Protegé, Johann Peter Eckermann, die dieser später niederschrieb und nach Goethes Tod veröffentlichte. Die ersten Quellenauszüge in diesem Kapitel stammen aus den *Gesprächen mit Eckermann*, in denen Goethe den Geltungsanspruch seiner ästhetischen Grundsätze betont und die konkurrierenden Vorstellungen der Romantiker verwirft.

Der Schriftsteller und Literaturkritiker Friedrich Schlegel (1772-1829) formulierte die Ideale der Romantik am klarsten und nachdrücklichsten. Hier werden Auszüge aus dreien seiner Werke wiedergegeben. Der erste sind die so genannten *Athenäum-Fragmente* von 1798, in dem Schlegel den Begriff der romantischen Dichtung entwickelt und diese mit Begriffen wie Unvollkommenheit und Sehnsucht nach dem Unendlichen umschreibt. Anschließend folgen Auszüge aus zwei Werken aus den Jahren 1803-1804: *Grundzüge der Gotischen Architektur* und *Aufforderung an die Maler der jetzigen Zeit*, in denen Schlegel die beiden Hauptquellen der romantischen Sehnsucht nach dem Unbestimmten und dem Unendlichen benennt: die mittelalterliche Kunst der Gotik und wilde, unverfälschte Natur.

Es ist wichtig festzuhalten, dass Romantik und Klassik weitverbreitete Kulturstile waren, deren Einfluss auf das Leben der Menschen weit über das Künstlerische im engeren Sinn hinausreichte, wie der folgende Quellenauszug zeigt. Er enthält den Beileidsbrief des österreichischen Kanzlers, Klemens Fürst von Metternich, an den neuen König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., anlässlich des Todes seines Vaters, des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III., sowie das Antwortschreiben Friedrich Wilhelms IV. Metternich war ein erklärter Anhänger der Klassik, während Friedrich Wilhelm IV. bekannt war für seine Neigung zur Romantik. Der Gegensatz zwischen beiden Schreibstilen ist aufschlussreich.

In den 1830er Jahren bildete sich in Mitteleuropa eine Gruppe von Autoren, die die Romantik als Kunstrichtung kritisierte und deren Anhänger beschuldigte, mit ihren ästhetischen Theorien politische, soziale und wirtschaftliche Unterdrückung zu kaschieren und zu legitimieren. Die Schriften dieser Autoren, die als Gruppe unter dem Namen „Junges Deutschland“ bekannt wurden, wurden 1835 durch die Behörden des Deutschen Bundes offiziell verboten. Der bekannteste Vertreter des „Jungen Deutschland“ war der Dichter und Literaturkritiker Heinrich Heine (1796-1856), der zu diesem Zeitpunkt bereits im Pariser Exil lebte. Im darauffolgenden Jahr erläuterte er in seinem Buch *Die romantische Schule* einem französischen Publikum die Kritik des „Jungen Deutschland“ an der Romantik, lobte jedoch auch ebenso die Ziele der Romantiker.

In den Schriften des „Jungen Deutschland“ war die Forderung nach einer realistischeren Kunst bereits enthalten, die das Leben so wiederzugeben versuchte, wie es sich tatsächlich darstellte, anstatt von Idealvorstellungen auszugehen, wie das Leben zu sein habe. Zwei der führenden Romanschriftsteller des Realismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren Berthold Auerbach (1812-1882) und Gustav Freytag (1816-1895). Im Vorwort zu seinem 1844 erschienenen Werk *Schwarzwälder Dorfgeschichten*, einer Sammlung von Kurzgeschichten, erklärte Auerbach seine Absicht, das bäuerliche Leben im Südwesten Deutschlands realistisch, nicht idealisiert darzustellen. Freytag entwarf seine programmatischen Vorstellungen von realistischer Literatur in einer Rezension mehrerer Romane, die er 1853 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Grenzboten“ veröffentlichte.

10. Die Kultur der Eliten und des Volkes

Die Brüder Jacob (1785-1863) und Wilhelm Grimm (1786-1859) waren Sprachwissenschaftler und Volkskundler, die ihr Leben der Sammlung und Erhaltung der Volkskultur widmeten. Zu ihren Werken, die sie entweder allein oder gemeinsam verfassten, gehörten Sammlungen von Sprichwörtern und Sagen sowie erste Arbeiten zu einem großen, mehrbändigen Wörterbuch der deutschen Sprache, das Jahrzehnte später von anderen Gelehrten beendet wurde. Am bekanntesten sind die Brüder Grimm natürlich wegen ihrer Märchensammlung. Das erste der hier angeführten Dokumente ist die Einleitung zur zweiten Auflage ihrer Sammlung, die 1819 veröffentlicht wurde. In dieser Einleitung beschreiben die Brüder Grimm die Eigenheiten der Volkskultur und unterscheiden diese deutlich von derjenigen der Elite sowie der literarischen und der gelehrten Kultur. Die Volkskultur ging danach auf Traditionen zurück, die über Jahrhunderte hinweg weitgehend unverändert

geblieben waren, und bot somit tatsächlich einen Schlüssel zum ursprünglichen Charakter einer Nation. Sie wurde mündlich überliefert durch die einfachen, fast kindlichen gewöhnlichen Menschen, insbesondere durch die ländliche Bevölkerung. Durch den Fortschritt der Bildung, des städtischen Lebens und der Hochkultur – einer verschriftlichten, vielschichtigen, sich verändernden und von den gebildeten Gesellschaftsschichten getragenen Kultur – geriet die Volkskultur in Gefahr, vergessen zu werden. Die Aufgabe von kritischen Gelehrten wie den Brüdern Grimm bestand jedoch weder darin, die Volkskultur zu kritisieren, noch darin, sie genauer zu untersuchen (einige der Geschichten, die sie als authentische deutsche Volksmärchen beschrieben, stammten in Wahrheit von französischen Autoren des 17. Jahrhunderts), sondern darin, sie zusammenzutragen, vor dem Vergessen zu bewahren und zu feiern – ähnlich wie sich Romantiker für die Natur und das Mittelalter begeistert hatten. Die Brüder Grimm unterschieden also deutlich zwischen Hoch- und Volkskultur, der sie jeweils eigene Charakteristika und eigenen Wert zuschrieben.

In dem hier vorliegenden Auszug aus seinem 1846 erschienenen Buch über Berlin beschreibt Ernst Dronke das Volkstheater und das Theater der Eliten. Er kam zu dem Schluss, dass sich beide nur allzu sehr ähnelten, und zeigte sich sehr enttäuscht sowohl von dieser Ähnlichkeit als auch von der mangelnden kulturellen und künstlerischen Qualität des Theaters der Elite, die dieses seiner Meinung nach eigentlich zu erbringen hätte.

Der Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl äußerte in seinem 1851 erschienenen Buch *Die bürgerliche Gesellschaft* Zweifel, ob gebildete Autoren aus der Mittelschicht überhaupt genug über bäuerliches Leben und bäuerliche Kultur wüssten, um realistische Literatur darüber zu verfassen.

11. Wissenschaft und Bildung

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es im deutschen Geistesleben einflussreiche Strömungen, die sich aus der kulturellen Tradition der Klassik und der philosophischen Tradition des Idealismus herleiteten und die Auffassung vertraten, alles systematische Wissen bilde eine Einheit. Der wohl bekannteste Vertreter dieser Richtung war der Philosoph G.W.F. Hegel (1770-1831). Seine hier in Auszügen wiedergegebene *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* von 1817 stellte eine Art Abriss der Einheit eines solchen Wissens dar. Hegels verschachtelter Schreibstil ist berühmt-berüchtigt für seine schwere Verständlichkeit, aber bei der Lektüre sollte Hegels Argument erkennbar werden, dass die Philosophie, weil sie sowohl mit der Schaffung als auch mit der Definition von Begriffen befasst ist, die Grundlage allen Wissens bildet. Hegel

entwickelte seine grundsätzlichen Gedanken zur Physik und der Biologie anhand philosophischer Begriffe und hatte keine Hemmungen, Isaac Newtons physikalische Theorien auf der Grundlage seiner Philosophie zu kritisieren.

Was man heute als Geistes- und Sozialwissenschaften bezeichnen würde, integrierte Hegel ebenfalls in seine Einheit des Wissens. In dem hier vorliegenden Auszug aus seiner Vorlesung über „Die Vernunft in der Geschichte“, die er in den 1820er Jahren als Professor an der Universität Berlin hielt, führte er aus, dass der Sinn der Menschheitsgeschichte im Fortschritt des philosophischen Konzepts der Freiheit liege.

Alexander von Humboldt (1769-1858) war Naturforscher und Entdecker, dessen berühmte Expedition nach Südamerika in den Jahren von 1799 bis 1804 die Grundlagen für eine lebenslange wissenschaftliche Beschäftigung mit Botanik und Naturgeschichte legte. Zwischen 1845 und 1858, gegen Ende seines Lebens, verfasste Humboldt das mehrbändige Werk *Kosmos*. Darin versuchte er, die Einheit des gesamten natur- und geisteswissenschaftlichen Wissens dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass er zeigte, wie dieses Wissen mit den menschlichen Wünschen und Leidenschaften verbunden war und welche Bezüge es zur angewandten Technik und praktischen Wirtschaftskunde aufwies.

Humboldts Bemühen, die Einheit des Wissens zu formulieren, ist eines der letzten Beispiele für einen derartigen, der Klassik und dem Idealismus verpflichteten Versuch. Bereits in den 1820er Jahren machte sich eine ganz andere Auffassung bemerkbar, die sich nach der Jahrhundertmitte unter den deutschen Gelehrten und Naturwissenschaftlern durchsetzen sollte. Der Physiker Hermann von Helmholtz (1821-1894), der das Gesetz von der Erhaltung der Energie formulierte, bezog 1862 in seiner Antrittsvorlesung als Prorektor der Universität Heidelberg deutlich Stellung gegen Hegels Vorstellung von der philosophischen Einheit des Wissens. Vielmehr nahm er klare begriffliche und epistemologische Unterscheidungen zwischen den Naturwissenschaften und der Physik auf der einen und den Geistes- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite vor.

Die idealistische Vorstellung von der Einheit des Wissens wurde jedoch nicht nur von deutschen Naturwissenschaftlern, sondern auch von Geisteswissenschaftlern in Frage gestellt. Der Historiker Leopold von Ranke (1795-1886) verwahrte sich entschieden gegen Hegels Auffassung, die Menschheitsgeschichte entwickelte sich und schreite voran gemäß philosophischer Konzepte. Wie aus seiner hier in Auszügen wiedergegebenen Einleitung zum 1825 erschienenen Werk *Die Geschichte der romanischen und germanischen Völker*, seinen Aufzeichnungen aus den 1830er Jahren zu Geschichte und Philosophie und seinen

Vorlesungen zur Weltgeschichte von 1854 hervorgeht, betonte Ranke, historische Ereignisse könne man nur auf der Grundlage eines intensiven und kritischen Studiums veröffentlichter und unveröffentlichter Quellen genau verstehen. Er bestritt nicht, dass sich aus dem Studium der Geschichte auch allgemeine Gesichtspunkte ergeben könnten, war jedoch der Auffassung, dass diese aus der empirischen Analyse des Historikers und nicht aus philosophischen Vorannahmen hervorgingen. Ebenso skeptisch war Ranke gegenüber jeglicher Vorstellung von der Geschichte als einem begrifflichen oder andersartigen Fortschritt.

Während die Gelehrten über die Bedeutung fortgeschrittener Formen des Wissens stritten, war eine ganz andere Kontroverse im Gange, die die Schulbildung betraf. Als Repräsentant der einen Richtung in dieser Debatte ist Friedrich August Ludwig von der Marwitz (1777-1837) anzusehen, adeliger Gutsherr in der Provinz Brandenburg im Königreich Preußen und Paradebeispiel eines Reaktionärs des 19. Jahrhunderts. Als die preußische Regierung im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts daran ging, die Erbuntertänigkeit abzuschaffen, setzte sich Marwitz derart entschieden zur Wehr, dass ihn der verärgerte preußische Kanzler von Hardenberg in Festungshaft nehmen ließ. In seinem 1836 entstandenen Memorandum über Kriminalität und moralischen Verfall formulierte Marwitz – in bisweilen übertriebener Form – für Konservative des 19. Jahrhunderts typische Überzeugungen von der Elementarbildung, die die Unterschichten in öffentlichen Schulen erhalten sollte. Sie sollte Marwitz zufolge in erster Linie darin bestehen, den Kindern aus den einfachen Bevölkerungsschichten die Grundlagen von Religion und Moral zu vermitteln. Weitere Bildung, sei es im Lesen, Schreiben und Rechnen oder in noch anspruchsvolleren Fächern, würde die einfache Bevölkerung moralisch und ökonomisch zugrunde richten.

Friedrich Adolph Diesterweg (1790-1866) war Gymnasiallehrer und bekannter Vertreter einer fortschrittlichen Pädagogik, derzufolge die Kinder sich eine große Vielfalt von Gegenständen durch selbständiges Lernen aneignen sollten. Diesterweg (der sich auch heute noch großer Wertschätzung erfreut) war ein produktiver Autor und großes Vorbild für viele deutsche Schullehrer. Von 1832 bis 1847 amtierte er als Direktor des Lehrerseminars in Berlin, bis er aufgrund des politischen Drucks konservativer Kreise entlassen wurde. Der seltsam klingende Titel seines Aufsatzes von 1856, „Pädagogisches Krebsbüchlein“, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass Krebse rückwärts krabbeln: Im 19. Jahrhundert waren Krebse darum ein Sinnbild für die Reaktionären, Personen, die Gesellschaft und Politik wieder in die Vergangenheit zurückführen wollten. In seinem Aufsatz griff er die Gegner der fortschrittlichen Pädagogik scharf an – diejenigen, die Anhänger des mechanischen Auswendiglernens waren, Religion für das wichtigste Unterrichtsfach in den öffentlichen

Schulen hielten, Lehrer den Geistlichen unterordnen und ihnen überhaupt weiterhin nur einen niedrigen sozialen Status zubilligen wollten.

Jonathan Sperber

Übersetzung: Katharina Böhmer